



## Niederschrift

### 25. öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für Ordnung, Umweltschutz und Landwirtschaft

---

<b>Sitzungstermin:</b>	Donnerstag, 18.05.2006
<b>Sitzungsbeginn:</b>	18:00 Uhr
<b>Sitzungsende:</b>	21:40 Uhr
<b>Ort, Raum:</b>	Stadthaus, Friedrich-Ebert-Str. 79/81, Raum 3.025

---

#### Anwesend sind:

Herr Dr. Grittner, Wolfgang	DIE LINKE. PDS, KWG	
Herr Jäkel, Ralf	DIE LINKE. PDS	
Herr Scharlock, Dieter	DIE LINKE. PDS	
Herr Dr. Schlomm, Herbert	DIE LINKE. PDS	
Herr Kirsch, Wolfhard	SPD	anwesend ab TOP 2 (18:07 Uhr)
Herr Mühlberg, Andreas	SPD	anwesend ab TOP 2 (18:05 Uhr)
Herr Dr. Przybilski, Helmut	SPD	anwesend bis TOP 7 (19:10 Uhr)
Herr Kapuste, Eberhard	CDU	
Herr Lehmann, Peter	CDU	
Frau Dr. Lotz, Brigitte	Bündnis 90/Die Grünen	anwesend ab TOP 3 (18:20 Uhr)
Herr Arndt, Gerhard	BürgerBündnis/FDP	
Herr Grünberg, Kai	Die Andere	
Herr Henning, Tino	DIE LINKE. PDS	
Herr Mannhöfer, Burghard	DIE LINKE. PDS	
Herr Rietz, Klaus	CDU	
Herr Siebenhaar, Horst	Seniorenbeirat	
Herr Walter, Andreas	BürgerBündnis/FDP	

#### Nicht anwesend sind:

Herr Dörschel, Jens	Grüne/B90	entschuldigt
Herr Michalske, Hans-Peter	SPD	entschuldigt
Frau Tietz, Kathrin	CDU	nicht anwesend
Herr Vogel, Andreas	DIE LINKE. PDS	entschuldigt
Herr Witschak, Jirka	SPD	nicht anwesend

#### **Tagesordnung:**

##### Öffentlicher Teil

- 1.1 Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 1.2 Bestätigung der Tagesordnung
- 1.3 Bestätigung des Protokolls vom 20.04.2006
- 2 Mitteilungen der Verwaltung

- 3 Wohnumfeldverbesserung in der Waldstadt II  
Vorlage: 05/SVV/0825  
Fraktion CDU  
- Wiedervorlage -
- 4 Kinderspielplatzsatzung der Landeshauptstadt Potsdam  
Vorlage: 06/SVV/0290  
FB Grün- und Verkehrsflächen
- 5 Energiepass für öffentliche Gebäude  
Vorlage: 06/SVV/0344  
Fraktion CDU
- 6 Erneuerbare Energien und Energieeffizienz  
Vorlage: 06/SVV/0351  
Fraktion Bürger Bündnis/FDP
- 7 Verbesserte Hinweise auf Sehenswürdigkeiten, Hotels, Märkte sowie die Fußgängerzone  
Vorlage: 06/SVV/0352  
Fraktion Bürger Bündnis/FDP
- 8 Verbesserte Informationen in den Verkehrsmitteln  
Vorlage: 06/SVV/0354  
Fraktion Bürger Bündnis/FDP
- 9 Billigung der Abwägungsergebnisse, Satzungsbeschluss zum Bebauungsplan Nr. 81 Park im Bornstedter Feld und Billigung der Gesamt-Eingriffs-Ausgleichs-Bilanzierung Bornstedter Feld mit 2 Fortschreibungen  
Vorlage: 06/SVV/0364  
FB Stadterneuerung und Denkmalpflege
- 10 Sonderstraßenbaubeitragssatzung für die baulichen Maßnahmen der Landeshauptstadt Potsdam für den Zeitraum vom 21.11.1997 bis 05.08.2003  
Vorlage: 06/SVV/0391  
FB Grün- und Verkehrsflächen
- 11 Beschluss zur öffentlichen Auslegung des Bebauungsplans Nr. 8 Griebnitzsee  
Vorlage: 06/SVV/0394  
FB Bauplanung und Bauordnung
- 12 Umstufung der Bundesstraße 1 im Bereich der Potsdamer Mitte  
Vorlage: 06/SVV/0405  
Oberbürgermeister, FB Ordnung und Sicherheit
- 13 Schaffung einer Verwaltungseinheit für die Belange des ländlichen Raumes  
Vorlage: 06/SVV/0387  
Oberbürgermeister, FB Umwelt und Gesundheit
- 14 Verkehrsberuhigung Golm  
Vorlage: 06/SVV/0414  
Oberbürgermeister, FB Ordnung und Sicherheit
- 15 Sonstiges

## Protokoll:

### Öffentlicher Teil

#### zu 1.1 **Feststellung der Beschlussfähigkeit**

Begrüßung und Eröffnung der Sitzung durch den Ausschussvorsitzenden, Herrn Jäkel

Zu Beginn der Sitzung sind 9 stimmberechtigte Mitglieder anwesend. Somit ist der Ausschuss beschlussfähig.

#### zu 1.2 **Bestätigung der Tagesordnung**

##### **Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: 9

Ablehnung: 0

Stimmenthaltung: 0

*Der Tagesordnung wird zugestimmt.*

#### zu 1.3 **Bestätigung des Protokolls vom 20.04.2006**

##### **Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: 8

Ablehnung: 0

Stimmenthaltung: 1

*Dem Protokoll wird zugestimmt.*

#### zu 2 **Mitteilungen der Verwaltung**

##### **Informationen aus dem Fachbereich Feuerwehr**

Herr Hülsebeck informiert über folgende drei Brände der letzten Zeit und zeigt die entsprechenden Fotos:

- ALBA am 06.05.2006
- Zeppelinstraße am 10.05.2006
- STEP am 11.05.2006

Des weiteren informiert Herr Hülsebeck, dass die Feuerwehr jetzt auch über ein neues Boot verfügt, welches insbesondere zur Menschenrettung, zur Brandbekämpfung vom Wasser aus und zur Errichtung von Ölsperren auf dem Wasser verwendet werden soll.

Herr Grünberg fragt, wie viele Feuerwehrleute bei diesen Einsätzen verletzt wurden und welche Verletzungen es waren.

Herr Hülsebeck erklärt, dass dies leichte Verletzungen an den Augen waren, die durch den eingesetzten Löschschaum verursacht wurden.

##### **Verkehrssicherheit Schule 7 – Nachtrag zur Anfrage 06/SVV/0197**

Herr Schrewe informiert, dass es gegenwärtig keine bekannten Gefahrenpunkte gibt, die vom Straßenverkehr für Schüler der Comenius-Schule ausgehen. Da es

sich bei der Brauhausberg Straße um eine Bundesstraße handelt, werden zur Sensibilisierung der Fahrzeugführer auf die besondere örtliche Situation, die bereits vorhandenen auf die Fahrbahn als Piktogramme markierten Verkehrszeichen („Kinder“) in beide Fahrtrichtungen als Verkehrszeichen wiederholend aufgestellt. Eine weitere Beschränkung des fließenden Verkehrs ist nicht notwendig.

Die auch von Schülern genutzte Bushaltestelle befindet sich direkt vor dem Schulgebäude. Auf der gegenüberliegenden Seite existiert wegen einer anderen Linienführung des Busses kein Haltepunkt. Somit gibt es für Schüler und Fußgänger kein Ziel und auch keinen Anlass die Fahrbahn des Brauhausberges dort zu queren.

Auf der Straßenseite der Schule befinden sich zwischen Gehweg und Fahrbahn ein ca. sechs Meter breiter Grünstreifen. Dieser ist ohne Strauch- und Baumbewuchs, welcher Sichtverhältnisse auf die Schüler bzw. Fußgänger einschränken könnte. In diesem Abschnitt der Straße sind auch keine besonderen Verkehrsverhältnisse zu beachten, die von der erhöhten Aufmerksamkeit für Schulkinder ablenken könnten. Insofern kann sich der Kraftfahrer hier uneingeschränkt auf das besonderen Schutzbedürfnis der Kinder einstellen und sein Fahrverhalten dementsprechend anpassen.

Ein Großteil der geistig und auch körperlich behinderten Schüler wird durch Fahrdienste zur Schule gebracht. Für diese ist abseits der Hauptstraße im Finkenweg ein Andienungsbereich vorgesehen worden. Die Kinder werden von hier unter Aufsicht in den Schulbereich geführt. Diese Regelung, wie auch die vorhandene Verkehrsorganisation im Bereich der Schule, wurde im Konsens mit der Polizei und der Schulverwaltung abgestimmt.

Da der Schulbetrieb in der Finkenwegschule nach längerer Pause wieder aufgenommen wurde, wird sowohl von der Straßenverkehrsbehörde als auch der Polizei das Verkehrsverhalten auf der Schulwegbeziehung in diesem Bereich intensiv beobachtet werden. Bei sich darstellender Notwendigkeit werden geeignete Maßnahmen zum weitergehenden Schutz, speziell der Schüler, getroffen.

## **Baumfällungen in Gefahrenabwehr**

Herr Jäkel verliest folgende Informationen über zwei gefällte Bäume aufgrund von Gefahr aus dem Fachbereich Grün- und Verkehrsflächen:

Im Rahmen der regelmäßigen Baumkontrollen wurde am Baum Nr. 3 in der Eichenallee, einer Linde, erhebliche Beeinträchtigungen der Verkehrssicherheit festgestellt.

Der starke Pilzbefall mit dem Lackporling hat zu einer starken Fäulnis im Stammfuß des Baumes geführt. Hierdurch ist insbesondere im belaubten Zustand und bei Sturm die Gefahr des Baumbruchs gegeben.

Die Fällung der Linde, die über einen Umfang von ca. 1,80 m verfügt, ist für die 19. oder 20. Kalenderwoche vorgesehen und ist durch die Untere Naturschutzbehörde genehmigt.

Linde Baum-Nr. 16 in der Sternstraße (Abschnitt Einmündung Trebbiner-Straße) wurde am 15.05.2006 nach vormaliger Inaugenscheinnahme und Untersuchung, durch unseren Rahmenvertragspartner Firma Mallinger, gefällt.

Der Baum war nicht mehr standsicher wie eine Resistographenuntersuchung ergab. Als Spätfolge eines früheren Anfahrschadens war es zu einer fortschreitenden Morschung gekommen. Sofortiges Handeln zur Wiederherstellung der Verkehrssicherheit war dringend geboten. Aufgrund der akuten Gefahrenlage konnte die Öffentlichkeit nicht wie üblich informiert werden.

Zur Fällung wird eine Dokumentation erfolgen, die bei 472.2. einsehbar sein wird. Die Untere Naturschutzbehörde, wurde telefonisch unterrichtet. Es herrschte Einvernehmen.

**zu 3 Wohnumfeldverbesserung in der Waldstadt II**  
**Vorlage: 05/SVV/0825**

Herr Lehmann möchte den Bericht in der heutigen Sitzung zur Kenntnis nehmen und zu Protokoll gegeben haben.  
Er stellt die Drucksache bis Oktober 2006 zurück.

**zu 4 Kinderspielplatzsatzung der Landeshauptstadt Potsdam**  
**Vorlage: 06/SVV/0290**

Frau Peukert bringt die Drucksache ein und gibt Erläuterungen.

Herr Dr. Grittner fragt, ob es sich hier um öffentliche Spielplätze handelt.

Frau Peukert erklärt, dass sich die Satzung auf die privaten Spielplätze im Zusammenhang mit Wohnungsbau handelt.

Herr Arndt weist auf den § 1 hin. Dieser sollte „Anwendungsbereich“ lauten. Auch Aussagen zur Ablöse oder Ausnahmeregelungen fehlen aus seiner Sicht.

Herr Kirsch fragt, wie es gehandhabt wird, wenn bei sehr kleinen Grundstücken die Errichtung eines Spielplatzes nicht möglich ist.

Frau Peukert weist auf die Instandhaltungspflicht im § 4 hin. Die Ablöseregelung ist in der Brandenburgischen Bauordnung gestrichen worden.  
Bezüglich der Frage von Herrn Kirsch müssen dann ggf. auch Einzelfallentscheidungen getroffen werden.

Herr Kapuste spricht § 3 Abs. 3 an und fragt diesbezüglich, wo der Austausch oder die Reinigung des Sandes geregelt ist und durch wen Kontrollen durchgeführt werden.

Frau Peukert erklärt, dass die Stadtverwaltung die Kontrolle für die privaten Spielplätze nicht realisieren kann.  
Sie weist darauf hin, dass der Eigentümer die Instandhaltungspflicht hat.

Herr Arndt macht deutlich, dass bereits beim Bau oder der Planung die Einhaltung der DIN kontrolliert werden muss.

Frau Peukert betont, dass der Eigentümer hier in der Pflicht ist. Die Verwaltung kann nicht in die privatrechtlichen Belange eingreifen.

Herr Kirsch bekräftigt dies.

Herr Mannhöfer fragt, ob die Verwaltung tätig wird, wenn Mängel angezeigt werden, z.B. durch Nutzer.

Er weist auf den **Änderungsantrag** der Familienpartei hin:  
*„Kinder“ ist durch „Nutzer“ zu ersetzen.*

Frau Peukert macht deutlich, dass die Kinder hier die Nutzer sind. Dies ist für die Verwaltung nicht nachvollziehbar.

Herr Lehmann weist darauf hin, dass der Ausschuss in der Abstimmung ist und jetzt über die Drucksache abzustimmen hat.

Herr Mühlberg schlägt vor, im Anschluss an die Abstimmung zur Drucksache über den Änderungsantrag zu votieren.

**Abstimmung zum Vorschlag von Herrn Mühlberg:**

Zustimmung: 10

Ablehnung: 0

Stimmenthaltung: 2

*Über den Änderungsantrag wird im Anschluss an die Abstimmung zur Drucksache abgestimmt.*

**Abstimmung zum Änderungsantrag:**

Zustimmung: 1

Ablehnung: 10

Stimmenthaltung: 1

*Der Änderungsantrag wird abgelehnt.*

**Beschlusstext:**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Kinderspielplatzsatzung der Landeshauptstadt Potsdam in der Fassung gemäß Anlage 1.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: 10

Ablehnung: 0

Stimmenthaltung: 2

*Dem Antrag wird zugestimmt.*

**zu 5 Energiepass für öffentliche Gebäude  
Vorlage: 06/SVV/0344**

Herr Kapuste bringt den Antrag ein und begründet diesen kurz.

Herr Grellmann macht deutlich, dass dieser Antrag durch die Verwaltung unterstützt ist. Ende des ersten Halbjahres 2007 sollten alle öffentlichen Gebäude mit Energiepässen ausgerüstet werden, wenn die Bundesregierung dies beschließt.

Herr Mühlberg weist darauf hin, dass EU-Richtlinien durch die Bundesregierung umzusetzen sind. Er schlägt vor, den Termin auf Juni 2007 zu schieben.

Herr Kapuste schlägt vor, dass die Verwaltung im Mai 2007 dazu berichten soll. Er formuliert den Antrag entsprechend um.

**Geänderter Beschlusstext:**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, in der Stadtverordnetenversammlung im Mai 2007 darzulegen, wie die Stadt die EU-Richtlinie „Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden“ umzusetzen beabsichtigt. Dabei sollen auch die finanziellen und organisatorisch-technischen Herausforderungen sowie die langfristigen Chancen

zur Energieeinsparung abgeschätzt und umrissen werden.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: 11

Ablehnung: 0

Stimmhaltung: 1

*Dem geänderten Antrag wird zugestimmt.*

**zu 6 Erneuerbare Energien und Energieeffizienz  
Vorlage: 06/SVV/0351**

Herr Walter bringt den Antrag ein und begründet diesen.

Frau Holtkamp erklärt, dass die Verwaltung dies durchaus begrüßt.

Herr Dr. Przybilski weist darauf hin, dass der Termin Juni 2006 unrealistisch ist. Er schlägt als Termin August 2006 vor.

Herr Arndt übernimmt den Termin August 2006.

**Geänderter Beschlusstext:**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die aktive Förderung erneuerbarer Energien sowie Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz (im Bestand als auch bei der künftigen Bauleitplanung) in der Landeshauptstadt Potsdam zu prüfen. Hierbei sind nicht nur städtische Eigenbetriebe zu betrachten sondern auch künftige Um- und Neubaumaßnahmen in der Stadt zu prüfen und Vorschläge zur Umsetzung einer auf Nachhaltigkeit basierenden und zukunftsorientierten Energiegewinnung zu unterbreiten. Damit sollten konkrete Umsetzungsschritte für eine ökologische Modernisierung Potsdams veranlasst werden, deren Ziel spürbare Impulse für die deutliche Verbesserung der Beschäftigungs- und Umweltsituation der Stadt ist.

Der Stadtverordnetenversammlung ist darüber im August 2006 zu berichten.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: 11

Ablehnung: 1

Stimmhaltung: 0

*Dem geänderten Antrag wird zugestimmt.*

**zu 7 Verbesserte Hinweise auf Sehenswürdigkeiten, Hotels, Märkte sowie die  
Fußgängerzone  
Vorlage: 06/SVV/0352**

Herr Arndt bringt den Antrag ein und begründet diesen.

Herr Grünberg macht deutlich, dass er dem Antrag nicht zustimmt, da es bereits genügend Schilder in der Stadt gibt.

Herr Kapuste unterstützt den Antrag.

Herr Lehmann regt an, dass „durchzuführen“ gestrichen werden sollte.

Frau Dr. Lotz schlägt vor, dass die Vorschläge in eine bestimmten Gremium aus Stadtverordneten und Verwaltung nochmals bespricht.

Herr Siebenhaar weist darauf hin, dass die Informationen auch z.B. in englisch sein sollten.

Herr Jäkel regt an die Formulierung von Herrn Lehmann zu übernehmen.

Herr Dr. Pryzibilski schlägt vor, den Oberbürgermeister zu beauftragen, die der Stadt möglichen Maßnahmen mit den zuständigen Institutionen zu besprechen.

Herr Arndt übernimmt die Formulierung von Herrn Lehmann.

Herr Dr. Schlomm rät davon ab, die Haltestelle Luisenplatz in Luisenplatz / Sanssouci umzubenennen.

Herr Arndt weist darauf hin, dass es sich hier um die Bushaltestelle in der Schopenhauerstraße handelt.

Herr Kapuste weist darauf hin, dass es Durchsagen in den Verkehrsmitteln gibt.

#### **Geänderter Beschlusstext:**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der OBM wird beauftragt auf folgende Maßnahmen in Gesprächen mit den zuständigen Institutionen (Deutsche Bahn, VIP, Stiftung Schlösser und Gärten) und ihre Durchführung hinzuwirken.

Am Bahnhofsvorplatz sind gut sichtbar am Ausgang zum Bus- und Trambahnhof ein großer Stadtplan mit eingezeichneten Sehenswürdigkeiten und Hotels sowie große Wegebäume mit Entfernungsangaben betreffend die Sehenswürdigkeiten und Hotels aufzustellen, und zwar unter Hinzufügung der jeweils dort hinführenden Tram- bzw. Buslinien sowie der zugehörigen Tram- bzw. Bussteige.

Auf der Friedrich-Ebert-Straße in Höhe ÖPNV-Haltestelle Alter Markt sowie auf der Breiten Straße sind von weitem erkennbare große Hinweise auf den Neuen Markt und die dort befindlichen Einrichtungen, anzubringen, kombiniert mit gut sichtbaren Hinweisen auf die dortige Tiefgarage.

An der Haltestelle „Luisenplatz“ der Buslinie 695 (Schlösser-Linie) bedarf es deutscher und fremdsprachiger Hinweise darauf, wie von dort der Park Sanssouci erreicht werden kann. Es empfiehlt sich die Umbenennung der Haltestelle in „Luisenplatz/Park Sanssouci“ (Eingang Grünes Gitter).

Am Hauptbahnhof sowie am Luisenplatz sollten Hinweise auf Märkte sowie die Fußgängerzone auf der Brandenburger Straße erfolgen.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: 9  
Ablehnung: 0  
Stimmenthaltung: 2

*Dem geänderten Antrag wird zugestimmt.*



zu 8

**Verbesserte Informationen in den Verkehrsmitteln**  
**Vorlage: 06/SVV/0354**

Herr Arndt bringt den Antrag ein und formuliert den ersten Satz wie folgt um:  
Der OBM wird beauftragt auf folgende Maßnahmen in Gesprächen mit den zuständigen Institutionen (Deutsche Bahn, VIP, Stiftung Schlösser und Gärten) und ihre Durchführung hinzuwirken.

Herr Kapuste hält das Auslegen von Informationsmaterialien in den Zettelkästen in öffentlichen Verkehrsmitteln für unangebracht.

Herr Mühlberg unterstützt die Mehrsprachigkeit der Fahrschienenautomaten.

Frau Müller informiert, dass laut Zuarbeit aus dem zuständigen Bereich bereits verschiedene Druckerzeugnisse, die teils in mehreren Sprachen (französisch, englisch) in den Kundenzentren sowie an touristische Träger ausgereicht werden. Die in 2004 entstandene Broschüre „Potsdam entdecken – mit Bahnen und Bussen“ ist ebenfalls beabsichtigt bei Neuauflage zweisprachig zu drucken. Die neuen Liniennetzpläne zum Fahrplanwechsel am 28.05.2006 werden erstmalig mit Erklärung auch in englisch gedruckt. Auch bei den Automaten ist es Ziel, die Oberfläche zweisprachig zu gestalten. Im Interesse der Kostenminimierung jedoch erst bei Tarifumstellung.

**Geänderter Beschlusstext:**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der OBM wird beauftragt auf folgende Maßnahmen in Gesprächen mit den zuständigen Institutionen (Deutsche Bahn, VIP, Stiftung Schlösser und Gärten) und ihre Durchführung hinzuwirken.

In den Tram- und Buslinien, die viel von Touristen genutzt werden, z.B. in den Buslinien Nr. 692 und 695 sowie den Tramlinien 90/92 und 94/95, sollen die Fahrkartenautomaten mehrsprachig beschriftet bzw. es sollten mehrsprachige „Bedienungsanleitungen“ für die Fahrkartenautomaten ausgehängt werden.

Zudem sollte in den in den Bussen/Trams angebrachten „Zettelkästen“, auf die gut sichtbar hingewiesen werden sollte, Faltblätter ausliegen, die die vorbezeichneten „Bedienungsanleitungen“, Hinweise auf die Erreichbarkeit der Sehenswürdigkeiten sowie Informationen über Tarife und Fahrtstrecken, auch in der Verknüpfung mit Berlin, enthalten.

Derartige Faltblätter sollten auch an den von Touristen besonders viel genutzten Haltestellen aushängen sowie in den Hotels ausgelegt werden.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: 9

Ablehnung: 0

Stimmenthaltung: 2

*Dem geänderten Antrag wird zugestimmt.*

**zu 9 Billigung der Abwägungsergebnisse, Satzungsbeschluss zum Bebauungsplan Nr. 81 Park im Bornstedter Feld und Billigung der Gesamt-Eingriffs-Ausgleichs-Bilanzierung Bornstedter Feld mit 2 Fortschreibungen  
Vorlage: 06/SVV/0364**

Herr Jäkel weist auf die als Tischvorlage ausgereichten Austauschseiten hin.

Frau Rabbe (Entwicklungsträger) gibt Erläuterungen zu den Austauschseiten und zum B-Plan 81.

Herr Mühlberg fragt, warum der B-Plan Volkspark vom eingezäunten Volkspark so deutlich abweicht.

Frau Rabbe erklärt, dass dies mit den Grenzen der beiden B-Pläne zusammenhängt. Biosphäre und Esplanade haben einen gesonderten B-Plan.

Herr Dr. Schlomm fragt nach dem Zugang zum Park durch die Visur.

Frau Rabbe erklärt, dass dies planungsrechtlich abgesichert ist.

**Beschlusstext:**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Das Abwägungsergebnis der Stellungnahmen zur frühzeitigen Bürgerbeteiligung, zu der öffentlichen Auslegung und zu den vereinfachten Änderungen des Bebauungsplan Nr. 81 „Park im Bornstedter Feld“ werden gebilligt (s. Anlage 2).
2. Der Bebauungsplan Nr. 81 „Park im Bornstedter Feld“ wird gemäß § 10 BauGB als Satzung beschlossen und die dazugehörige Begründung gebilligt (Anlage 3).
3. Die Gesamt-Eingriffs-Ausgleichs-Bilanzierung Bornstedter Feld mit 2 Fortschreibungen wird gebilligt (s. Anlage 4)

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: 11  
Ablehnung: 0  
Stimmenthaltung: 0  
*Dem Antrag wird einstimmig zugestimmt.*

**zu 10 Sonderstraßenbaubeitragssatzung für die baulichen Maßnahmen der Landeshauptstadt Potsdam für den Zeitraum vom 21.11.1997 bis 05.08.2003  
Vorlage: 06/SVV/0391**

Herr Schenke bringt die Drucksache ein und gibt Erläuterungen. Er weist darauf hin, dass mit dieser Satzung Rechtsfehler geheilt werden sollen.

Herr Rietz weist auf Maßnahmen hin, bei denen es keine Bürgerbeteiligung gab. Wieviele sind noch anhängig, welche sind bereits verjährt?  
Wie beabsichtigt die Verwaltung mit den Bescheiden umzugehen, die eine Rechtsgrundlage haben, die es nicht gibt?

Herr Schenke erklärt, dass diese Satzung spezielle Beitragssätze für Maßnahmen hat. Dies betrifft nur Maßnahmen zwischen 1997 und 2003. Maßnahmen, bei denen Verwaltung nicht ordnungsgemäß informiert hat, sind Potsdamer Straße und Florastraße.

Herr Jäkel fragt bezüglich § 5 (Fälligkeit), wie auf Härtefälle bei größeren Summen reagiert wird.

Herr Schenke erklärt, dass Härtefälle immer im Einzelfall entschieden werden.

Herr Kirsch fragt nach dem Verfahren der Bescheiderteilung.

Herr Mühlberg weist darauf hin, dass hier auch Maßnahmen ohne vorherige Beteiligung der Bürger erfolgt ist. Er bemängelt, dass die Bescheiderteilung so lange nach der Maßnahme erfolgt ist.

Er weist darauf hin, dass es in der Satzung keine Fristen für die Bescheiderteilung gibt.

Herr Schenke betont, dass die Bürger beteiligt waren.

Herr Lehmann macht deutlich, dass die Stadt die Forderungen in dieser Höhe einholen sollte. Die Beiträge für den einzelnen Anlieger sind aus seiner Sicht verträglich.

Herr Rietz macht darauf aufmerksam, dass hier unterschieden werden muss, zwischen denen, die ordentlich beteiligt wurden und denen, die nicht ordnungsgemäß beteiligt wurden.

**Beschlusstext:**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:  
Sonderstraßenbaubeitragssatzung für die baulichen Maßnahmen der Landeshauptstadt Potsdam für den Zeitraum vom 21.11.1997 bis 05.08.2003

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: 5  
Ablehnung: 3  
Stimmenthaltung: 3  
*Dem Antrag wird zugestimmt.*

**zu 11      Beschluss zur öffentlichen Auslegung des Bebauungsplans Nr. 8 Griebnitzsee**  
**Vorlage: 06/SVV/0394**

Herr Kirsch erklärt sich für befangen und nimmt nicht an der Diskussion zur Drucksache teil.

Frau Holtkamp bringt die Drucksache ein und gibt Erläuterungen. Sie weist auf die als Tischvorlage ausgereichten Unterlagen hin und erklärt diese kurz.

Herr Jäkel fragt, ob mit Beschluss der Drucksache in der vorliegenden Fassung automatisch die Anlage 2 umgesetzt wird.

Frau Holtkamp bestätigt dies. Sie macht deutlich, dass durch Beschluss der StVV kundgegeben werden muss, wenn die Umsetzung der Anlage 2 nicht gewünscht wird.

Herr Dr. Grittner fragt, ob es die Anlagestelle der Weißen Flotte noch gibt.

Frau Holtkamp erklärt, dass diese noch vorhanden ist, aber nicht genutzt wird.

Herr Mühlberg macht auf den Änderungsantrag aus dem Ausschuss für Stadtplanung und Bauen aufmerksam. Der SB-Ausschuss behandelt die Drucksache in zwei Lesungen.

Er bittet um Abgabe eines Votums zu folgendem **Antrag** von Herrn Dr. Seidel: *Zum Satzungsbeschluss ist ein Vorschlag zur alternativen Trassenführung des Radweges für „Schnellfahrer“ vorzulegen.*

Des weiteren fragt er, wie der B-Plan seine Wirkung bei den Grundstücken entfaltet, die bis an das Ufer heran reichen und verweist hier insbesondere auf die Grundstücke im Eigentum der BIMA.

Herr Jäkel merkt an, dass der Antrag von Herrn Dr. Seidel seines Erachtens nach durch Verwaltungshandeln erledigt ist.

Frau Holtkamp bestätigt, dass dies derzeit durch die Verwaltung geprüft wird. Die Prüfung ist aber noch nicht abgeschlossen.

Bezüglich der Umsetzung des B-Planes erklärt sie, dass durch die Stadt beabsichtigt ist, die im Eigentum der BIMA befindlichen Flächen zu erwerben.

Frau Dr. Lotz fragt, ob der Ausschuss für Stadtplanung und Bauen die vorliegende Drucksache schon abschließend behandelt hat.

Herr Jäkel erklärt, dass der Ausschuss für Stadtplanung und Bauen in seiner nächsten Sitzung ein Votum zur Drucksache abgeben wird.

**Änderungsantrag:**

Zum Satzungsbeschluss ist ein Vorschlag zur alternativen Trassenführung des Radweges für „Schnellfahrer“ vorzulegen.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: 2

Ablehnung: 4

Stimmenthaltung: 4

*Der Änderungsantrag wird abgelehnt.*

**Beschlusstext:**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen

Der Entwurf zum Bebauungsplan Nr. 8 „Griebnitzsee“ ist gemäß § 3 Abs. 2 BauGB ist öffentlich auszulegen (s. Anlage 2).

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: 8

Ablehnung: 0

Stimmenthaltung: 2

*Dem Antrag wird zugestimmt.*

zu 12

**Umstufung der Bundesstraße 1 im Bereich der Potsdamer Mitte**

**Vorlage: 06/SVV/0405**

Herr Prof. Stadt erörtert anhand von Folien die derzeitige sowie die geplante Verkehrssituation.

Er weist auf die deutliche Verbesserung der Verkehrssituation für die Fußgänger aufgrund der geplanten Querungshilfen hin.

Herr Kirsch hat Informationen, dass man auf Bundesstraßen keine Geschwindigkeitsbegrenzungen auf 30 km/h einrichten kann.

Herr Prof. Stadt erklärt, dass dies so nicht richtig ist.

Herr Schrewe macht deutlich, dass man auf Bundesstraßen durchaus aus Gründen der Sicherheit und Ordnung die Höchstgeschwindigkeit herabsetzen kann.

Herr Dr. Grittner spricht die geplante Rückverlegung des Stadtkanals in das alte Bett in der Dortustraße an. Dies ist dann aus seiner Sicht nicht möglich. Er fragt, wieviele Anwohner in der Yorckstraße von der neuen Verkehrssituation betroffen sind.

Herr Schrewe erklärt, dass der spätere Kanalverlauf hier keine Berücksichtigung gefunden hat. Er betont, dass es auch weiterhin Ziel ist, die Bundesstraßen aus der Stadt herauszunehmen.

Herr Lehmann würde einen heutigen Beschluss der Drucksache begrüßen. Er fragt, wie die immense Steigerung der Belastung am Knotenpunkt Dortustraße/ Yorckstraße den Anwohner vermittelt werden soll. Er fragt, ob durch die Umverlegung der Straßenbahntrasse möglicherweise Fördergelder zurückgezahlt werden müssen.

Herr Mühlberg fragt, ob es die Möglichkeit der Geschwindigkeitsbegrenzung auf 40 km/h gibt. Aus seiner Sicht ist der Wegfall der Parkflächen in der Yorckstraße erheblich. Hier sollte auf die beiden umliegenden Parkhäuser deutlicher hingewiesen werden.

Herr Arndt fragt, ob die ISES wieder thematisiert wird.

Herr Schrewe erklärt, dass eine Geschwindigkeitsbegrenzung auf 40 km/h unüblich ist. Dies müsste geprüft werden.

Herr Prof. Stadt weist darauf hin, dass im Zuge der Umbaumaßnahmen der Humboldtbrücke die B1 künftig über Breite Straße – Friedrich-List-Straße – Nuthestraße – Berliner-Straße geführt werden könnte. Diese Möglichkeiten stehen aber 2008 noch nicht zur Verfügung. Eine Geschwindigkeitsbegrenzung auf 40 km/h ist verkehrsrechtlich möglich, aber die Lärminderung wäre deutlich niedriger.

Frau Haan erklärt, dass zum jetzigen Zeitpunkt noch keine Aussage getroffen werden kann, ob möglicherweise Fördergelder aufgrund der Umverlegung der Straßenbahntrasse zurückgezahlt werden müssen.

Frau Dr. Lotz informiert über die Empfehlung des Ausschusses für Bildung und Sport, dass die Ausschüsse Stadtplanung und Bauen sowie Ordnung, Umweltschutz und Landwirtschaft insbesondere die Problematik der Schulwegsicherung im Auge behalten sollen.

Herr Jäkel weist auf den ersten Satz der Vorbemerkung hin. Aus seiner Sicht ist die Umverlegung der B1 keine zwingende Voraussetzung für die Bebaubarkeit

des Alten Marktes. Lediglich für eine vorgelagerte Bebauung in der Grünanlage und in der jetzigen Friedrich-Ebert-Straße wäre so etwas erforderlich, aber eine zusätzliche Bebauung vor der aktuellen Baufront in dieser Straße ist seines Erachtens nach weder sinnvoll noch erforderlich.

Auch ist aus seiner Sicht die Anbindung der Friedrich-Ebert-Straße über die Schloßstraße nicht sinnvoll. Es ist möglich, die Friedrich-Ebert-Straße zwischen Stadtschloss und Filmmuseum direkt an die Kreuzung Breite Straße / Lange Brücke mit wenigstens einer Fahrspur in jede Richtung anzuschließen.

Er macht darauf aufmerksam, dass die Umverlegung der B1 in die Dortustraße und die Yorckstraße eine Verkehrsverlagerung von einem kaum bewohnten Straßenzug in einen Bereich, der mehr als dreimal so viele Bewohner und eine Grundschule hat und bittet die Verwaltung, die Anzahl der von der Maßnahme betroffenen Anwohner festzustellen.

Des Weiteren kritisiert er die negativen Auswirkungen für die Umverlegung des Stadtkanals, die nachhaltige Schädigung der Lebensbedingungen der Anwohner und für die Grundschule 8 sowie den Wegfall von fast 100 Parkflächen.

Er weist auch auf die Anregungen in der Auswertung der Beteiligung der Fachbehörden hin, insbesondere auf die Punkte 9.5; 9.6; 9.7; 9.8; 11.1; 11.2; 12.2 und 12.3. Daher kann er der Drucksache in der vorliegenden Fassung nicht zustimmen.

Herr Dr. Schlomm macht ebenfalls deutlich, dass er der Drucksache so nicht zustimmen kann.

Herr Arndt macht deutlich, dass dies lediglich ein Zwischenschritt für eine spätere Lösung sein kann. Unter diesem Aspekt könnte er der Drucksache zustimmen.

Herr Lehmann unterstützt die Drucksache.

Herr Kirsch fragt, ob die Umleitung auch möglich ist, wenn die Drucksache nicht beschlossen wird.

Herr Schrewe erklärt, dass eine Umleitung für diesen langen Zeitraum dann nicht möglich ist.

Herr Kapuste macht deutlich, dass sich hier Bund und Land auch beteiligen sollten.

Herr Schrewe erklärt, dass hier die Regelungen des Bundesstraßengesetzes greifen. Demnach ist eine Kommune mit über 800 000 Einwohnern Straßenbaulastträger. MfL und Bundesminister müssen ihre Zustimmung geben.

#### **Beschlusstext:**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Für die Bundesstraße 1 wird im Bereich der Potsdamer Mitte ein Umstufungsverfahren durchgeführt.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: 6

Ablehnung: 5

Stimmenthaltung: 0

*Dem Antrag wird zugestimmt.*

**zu 13      Schaffung einer Verwaltungseinheit für die Belange des ländlichen Raumes  
Vorlage: 06/SVV/0387**

Herr Ernst bringt die Mitteilungsvorlage ein.

Herr Mühlberg dankt der Verwaltung für die Erfüllung des Prüfauftrages und die ausführliche Darstellung.

Frau Müller weist auf die Ergebnisse der Organisationsuntersuchung in diesem Bereich hin.

*Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.*

**zu 14      Verkehrsberuhigung Golm  
Vorlage: 06/SVV/0414**

Herr Kapuste bittet die Verwaltung, aufgrund der Mitteilungsvorlage einen Orts-termin durchzuführen.

Herr Schrewe erklärt, dass dieser bereits stattgefunden hat.

*Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.*

**zu 15      Sonstiges**

Herr Lehmann fragt, ob es für das Musikerviertel einen Außendienstinspektor gibt. Wenn ja, wann waren die letzten Kontrollen?  
Wurden Bußgeldbescheide für den Bereich Musikerviertel – speziell Wagnerstraße und In der Aue – aufgrund von Verstößen von städtischen Ordnungen.

Frau Kluge sagt zu, dies als Anlage zum Protokoll zu beantworten oder spätestens in der nächsten Sitzung des OUL-Ausschusses.

Herr Dr. Schlomm weist auf großflächige Abrissarbeiten in der Lotte-Pulewka-Straße hin und fragt, was dort gebaut werden soll.

Frau Müller sagt zu, dies im Geschäftsbereich 4 zu erfragen und Herrn Dr. Schlomm telefonisch zu informieren.

Herr Rietz stellt in diesem Jahr zum drittel Mal fest, dass vor dem Grundstück Mitschurinstraße 1 das Unkraut besonders hoch gewachsen ist und die Stadt ihren Pflichten als Eigentümer nicht nachkommt.

**Nächster Ausschuss für Ordnung, Umweltschutz und Landwirtschaft:**

**15. Juni 2006**

**18:00 Uhr**

**Raum 3.025 des Stadthauses**

**Ralf Jäkel  
Ausschussvorsitzender**

**Martina Spyra  
Protokoll**